



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de

Mai/Juni 2016

Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Hinweis:

Im Juli startet wieder meine alljährliche **Sommertour durch den Wahlkreis:**

Vom 11.–15. Juli bereise ich den **Main-Tauber-Kreis** und vom **18.–22. Juli** bin ich im **Neckar-Odenwald-Kreis** unterwegs.

Wir wollen **gemeinsam Zeit verbringen**, mit intensiven und spannenden Diskussionen oder bei einem lockeren Beisammensein. Sei es in eurem Ortsverein oder bei Einrichtungen und Institutionen in eurer Gemeinde.

Sehr gespannt bin ich auf **eure Ideen und Wünsche** für Besuche und Gespräche – bitte an meine Büros – und hoffe auf eine rege Beteiligung vor Ort.

Ich freue mich, bald von euch zu hören!

Weitere Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

Was geht um in Deutschland, in Europa, aber auch weltweit? **Überall scheinen verdummende, schlichte Antworten oder kurze, oft sehr verkürzte Aussagen auf erschreckend fruchtbaren Boden zu fallen.** Dabei hatten wir noch nie so viele Möglichkeiten, uns zu informieren, nie standen uns mehr Quellen problemlos zur Verfügung, nie konnten wir uns einen besseren Überblick über Ereignisse nicht nur vor der eigenen Haustüre verschaffen.

Aber vielleicht liegt genau hier der Hund begraben? **Stärken Globalisierung und Informationsflut den Wunsch nach einfachen Antworten, die uns vermeintliche Sicherheit versprechen und vorkaukeln? Rührt daher**

die Sehnsucht nach dem einen richtigen Weg, nach schlichten Aussagen, die von populistischen Angstmachern gerne gebüllt daher kommen und derzeit große Massen ansprechen? Dabei ist klar: Einfache Antworten verblenden. Sie sind dumm, gefährlich und verkürzen die Zwischenräume. So wird es eng. Und Enge führt zu Zwang und Furcht.

Einfache Antworten bedrohen uns Menschen als Individuum, sie bedrohen uns aber auch als Gesellschaft. In diese gefährliche Falle dürfen wir in Deutschland nie wieder tappen! Das Leben bietet keine schlichten Antworten. Es ist vielschichtig und komplex, bunt, nicht schwarz oder weiß. Wir alle kennen seine vielen

Grautöne. **Wir alle haben Talente, die wir zu aller Wohl nutzen können.** Wir können mitmischen, Verantwortung übernehmen und ein aktiver Teil der Gesellschaft sein. Jede*r an ihrem Platz. Warum nicht mal einen Umweg gehen und Neues entdecken? Warum nicht mal scheitern? Warum keine Vielschichtigkeit akzeptieren? In Zeiten, in denen die Angstmacher umgehen, brauchen wir Mut und Tatkraft. Wir lassen uns nicht bange machen.

Machen wir uns nichts vor und lassen wir uns nichts vormachen: Das Leben ist nicht mit einem Maus-Klick zu regeln: Wir brauchen Gespräche, Debatten und kritische Auseinandersetzung:

Zuhören ist die beste Technologie.

Machst du mit?

Eure Dorothee

SPD

Vom Integrationsgesetz hin zum Einwanderungsrecht

Mit dem **Integrationsgesetz**, das die Regierungsfractionen diese Woche in das parlamentarische Verfahren einbrachten, **werden zum ersten Mal in unserer Geschichte klare und verbindliche Regeln für die Integration geschaffen.**

Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, wollen wir eine **gute Chance** geben, schnell auf **eigenen Beinen** zu stehen. **Das ist ein Schritt hin zu einem Einwanderungsgesetz** und ein großer Erfolg für die SPD. Denn die SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Pflichten und Rechte hierbei im Einklang miteinander stehen.

Mit dem Gesetz wird der **Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende** deutlich vereinfacht. Die **Vorangprüfung** in Bezirken mit guter Arbeitsmarktlage wird befristet ausgesetzt. Darüber hinaus erleichtern wir den **Zugang zu Ausbildungsförderung** und schaffen mehr **Recht-**

sicherheit bei der Berufsausbildung.

Wir haben durchgesetzt, dass **geduldet Auszubildende künftig eine Duldung für die Gesamtdauer ihrer Ausbildung** erhalten. Für eine sich an die Ausbildung anschließende Beschäftigung wird ein befristetes Aufenthaltsrecht erteilt. Die bislang geltende Altersgrenze von 21 Jahren wird aufgehoben.

Die **Angebote zum Spracherwerb werden nochmals deutlich ausgeweitet** und Wartezeiten verkürzt. Im Gegenzug **fordert das Integrationsgesetz** von Asylsuchenden das **Erlernen der deutschen Sprache und eine aktive Teilnahme an den angebotenen Kursen** ein. Und Anstrengung wird belohnt: Wer bei Spracherwerb und Integration großes Engagement zeigt, kann bereits **nach drei Jahren ein unbefristetes Niederlassungsrecht** erhalten.

Auf Wunsch der Bundesländer sieht der Gesetzentwurf die befristete Einführung einer **Wohnsitzauflage** für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende vor, um ihre Verteilung auf die Kommunen besser steuern zu können. So sollen soziale Brennpunkte verhindert werden. Die SPD hat darauf geachtet, dass die **Wohnsitzauflage einer raschen Eingliederung in den Arbeitsmarkt** nicht entgegensteht. Darum wird sie für diejenigen ausgesetzt, die eine Ausbildung oder Arbeit finden, selbst wenn das Einkommen noch nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts einer ganzen Familie ausreicht.

Das Integrationsgesetz ist ein erster wesentlicher Schritt, um Einwanderung und Integration einen klaren rechtlichen Rahmen zu geben.

Der zweite Schritt muss nun folgen: ein Einwanderungsgesetz, mit dem gezielt die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte in unser Land gesteuert wird.

Asylverfahren beschleunigen, Fluchtursachen bekämpfen

Auch wenn sich die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge deutlich verringert hat, ist der Rückstau der Asylanträge immer noch enorm. Menschen aus **Marokko, Algerien oder Tunesien** warten derzeit im Schnitt weit über ein Jahr, bis über ihren Asylantrag entschieden ist – und **werden dann meist abgelehnt:**

Die Einordnung dieser drei Länder als **sichere Herkunftsstaaten** ermöglicht es, dass Asylbewerber*innen, die nur eine geringe Chance auf Anerkennung haben, künftig **rascher eine Entscheidung erhalten** und damit schneller wissen, ob sie in unserem **Land eine Perspektive haben.** Marokko, Algerien oder Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, haben die Parteivorsit-

zenden von SPD und CDU/CSU im Rahmen **eines Gesamtkonzeptes beschlossen, um** Asylverfahren zu optimieren und zu beschleunigen. Auch wenn letztlich die Anerkennungsquote bei diesen drei Ländern niedrig ist, so wird **jeder Einzelfall umfassend geprüft.** Daher brauchen wir keine weitere Ausweitung des Systems der „sicheren Herkunftsstaaten“, sondern eine gemeinsame **europäische Flüchtlingspolitik.**

Wichtig ist: Das Recht auf eine individuelle Prüfung im Asylverfahren wird von dieser Beschleunigung nicht berührt.

Damit die Zahl der Flüchtlinge langfristig sinkt, müssen wir aber vor allem die **Lebensbedingungen für die**

Menschen vor Ort in den Herkunftsländern verbessern.

Wir dürfen **in den Anstrengungen zur Fluchtursachenbekämpfung nicht nachlassen** und müssen uns weiterhin für eine **politische Lösung** des syrischen Bürgerkriegs engagieren.

Alle zwei Jahre muss die Bundesregierung **einen Bericht** vorlegen, **ob in den Ländern die Voraussetzungen für diese Einstufung** als sicherer Herkunftsstaat weiter vorliegen. Das ermöglicht es, Staaten wieder von dieser Liste zu nehmen. **Diese Überprüfung halte ich für sehr sinnvoll und wichtig.**

Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen wird bekämpft

Mit viel Standhaftigkeit hat sich Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) dafür eingesetzt, den **Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen**. Zum ersten Mal in der Geschichte überhaupt gibt es **eine gesetzliche Regelung**, die ganz eindeutig **die Rechte der Leiharbeiter*innen stärkt** und **klare Regeln** enthält, damit **Werkverträge nicht missbraucht** werden können. Es ist ein großer Fortschritt, dass Leiharbeiter*innen mit dem Gesetzentwurf **verbrieft Rechte** bekommen, die sie **einklagen können**.

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, wieder **Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt** herzustellen. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen sollen verhin-

dern, dass **Stammarbeitsplätze** weiterhin durch den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen gefährdet werden.

Gute Arbeit braucht klare Regeln. Das muss auch für Leiharbeit und Beschäftigte mit Werkverträgen gelten. Der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Nahles ist seit langem ausgehandelt und mit den Spitzenverbänden der Sozialpartner abgestimmt. Nachdem die CSU endlich ihre Blockadehaltung aufgegeben hat, werden so die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umgesetzt.

Der **Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)** begrüßt, dass das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen **nun endlich Fahrt aufnimmt**. "Damit ist ein erster wichtiger Schritt getan, um diese

Form von Lohndumping in den Betrieben und Verwaltungen zu bremsen", sagte **DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann**. Hoffmann lobte, dass nun Leiharbeiter*innen nicht mehr so einfach als **Streikbrecher*innen** eingesetzt werden dürfen.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mir weitergehende Maßnahmen vorstellen kann. Hierzu zähle ich auch eine **Stärkung der Betriebsrät*innen** über die bloße Informationspflicht hinaus. Momentan haben die politischen Verhältnisse nicht mehr zugelassen. **Daher lohnt es sich, für eine starke SPD zu kämpfen**, die dann mit Mehrheiten ausgestattet, diesen eingeschlagenen Weg zum Wohl der Firmen und Beschäftigten weitergehen kann.

Investitionsprogramm Kinderbetreuung wird verlängert

Mit dem Gesetz über **Finanzhilfen zum Ausbau der Tagesbetreuung** für Kinder wurde die Bereitstellung der Bundesmittel in Höhe von **550**

Millionen Euro verlängert. Der Bund kommt hiermit den Bitten der Länder nach, die Finanzmittel zum **weiteren Ausbau der guten Kin-**

derbetreuung bereitzustellen und **entlastet somit die kommunalen Haushalte**.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen voranbringen

In diesem Jahr wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nachhaltig stärken und verbessern. Bevor wir demnächst in die Beratungen zum **Bundesteilhabegesetz** einsteigen, haben wir den **Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts** beschlossen.

Dieses Gesetz soll für **mehr Barrierefreiheit** sorgen und **Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen** in der öffentlichen Verwaltung **abbauen**. Dafür wird es insbesondere Verbesserungen beim **Benachteiligungsverbot** geben.

Das bedeutet: Wenn Träger der öffentlichen Hand Menschen mit Behinderungen Unterstützungen wie **Gebärdendolmetscher**, eine **bauliche Veränderung** oder die Bereitstellung einer **barrierefreien PDF-Datei** versagen, gilt dies neuerdings bereits als Benachteiligung.

Ein Meilenstein für die Inklusion ist es, dass die Bundesbehörden nun vermehrt Informationen in **Leichter Sprache** bereitstellen. Und ab 2018 werden sie Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen

Bescheide in Leichter Sprache kostenfrei erläutern.

Barrierefreiheit bedeutet auch, alle notwendigen Hilfsmittel nutzen zu dürfen. Beispielsweise tragen **Blindenführ- und Assistenzhunde** dazu bei, Barrieren zu überwinden. Deshalb sollen sie immer mitgeführt werden können. Durch die **Gesetzesreform wird klargestellt**, dass Behinderungen nicht per se einer Person anhaften, **sondern oft erst durch Barrieren in der Umwelt entstehen**.

Mehr Mittel und Einsatz für den sozialen Zusammenhalt

Uns als SPD ist es wichtig, dass der soziale Zusammenhalt und die damit verbundenen Maßnahmen für alle gleichermaßen gelten.

Bei den Verhandlungen zu den Eckwerten des Bundeshaushalts konnte die SPD mehr Ausgaben für das Solidarprojekt durchsetzen, von dem insbesondere **Familien, Kinder, Rentner*innen, Menschen mit Behinderung sowie Flüchtlinge** profitieren. Die SPD möchte mit diesem Paket vor allem den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern.

So gibt es **2,2 Milliarden Euro zusätzlich für eine aktive Arbeitsmarktpolitik** (Qualifizierung, Ausbildung und Arbeitsgelegenheiten) für Langzeitarbeitslose, ob Deutsche oder Flüchtlinge. Weitere **950 Millionen Euro** ab 2017 für den **notwendigen Ausbau von Kindergärten** und für Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung. Hinzu kommen **180 Millionen Euro** zur **Sicherung einer Mindestrente** oberhalb der Sozialhilfe ab 2017. Diese Maßnahme unterstützt langjährige Beschäftigte. **800 Millionen Euro** mehr fließen in den **Wohnungs- und Städtebau**. Und zur Unterstützung für **Menschen mit Behinderung** gibt es die **notwendigen Mittel** für das **neue Bundesteilhabegesetz**.

Die SPD lässt nicht zu, dass unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet. Vielmehr **arbeiten wir tagtäglich daran, für die wichtigsten Handlungsfelder der Zukunft eine ausreichende und gerechte Finanzierung zu schaffen**. Dies ist aber nur dann möglich, wenn alle ihre Steuern zahlen. **Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt, Steuerflucht ist unsozial.**

Gegen globalen Steuerbetrug

Steuergerechtigkeit und eine faire Aufteilung der Steuerlast sind Grundpfeiler unseres Staates und ein großes Anliegen der Sozialde-

mokratie. Denn nur wenn alle ihrer **Steuerpflicht nachgehen, kann der Staat ein funktionierendes Gemeinwesen gewährleisten. Die SPD kämpft schon seit Jahren für mehr Steuergerechtigkeit** und Transparenz in der Gesellschaft. Im Rahmen der Entwicklungen um die sogenannten „Panama Papers“, also dubiose Briefkastenfirmen in Steueroasen, ist die SPD die treibende Kraft, diese zu bekämpfen. Um **diesen globalen Steuerbetrug wirksam einzudämmen**, hat die SPD-Bundestagsfraktion weltreichende Maßnahmen definiert. Denn für die SPD ist klar: Nicht nur international und auf europäischer Ebene muss Deutschland den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche verstärken. **Auch national gilt es, entschlossen zu handeln.** Dazu gehört, die **Bestrafung von Personen und Unternehmen, die bei Steuerbetrug mithelfen**. Banken, die bei diesen schmutzigen Geschäften geschäftsmäßige Hilfestellung leisten, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Deshalb ist die SPD entschlossen, im Ernstfall dem jeweiligen Geldinstitut die Lizenz zu entziehen.

Der **Bundesrat hatte hierzu auf Initiative des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stefan Weil** bereits 2013 einen Gesetzesentwurf vorgeschlagen. Unverständlicherweise wollte die CDU/CSU diese Vorhaben nicht unterstützen. Nichtsdestotrotz steht für die SPD fest: **Die Schonfrist für Steuerhinterzieher*innen und deren Handlanger muss zu Ende gehen.**

Für eine 2. Chance

Um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, ist **eine Berufsausbildung die Grundlage dafür, den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können**. Manchmal braucht ein junger Mensch eine

zweite Chance. Daher sollen sie auch **ohne Berufsabschluss Arbeitslosengeld II** beziehen können, wenn sie eine Ausbildung aufnehmen. Diese Regelung soll jungen Menschen bis 25 Jahren in der Zeit der Ausbildung unter die Arme greifen – beispielsweise dann, wenn das Ausbildungs-BAföG nicht zum Leben reicht. Denn die Vermittlung in eine Ausbildung wird leichter fallen, weil sich die **künftigen Auszubildenden nicht finanziell schlechter stellen** werden als bisher.

Mehr Zeit für Jobcenter

Wir brauchen Mitarbeiter*innen in den Jobcentern, die ihren Aufgaben leichter nachkommen können. Es muss gewährleistet sein, dass die **Mitarbeiter*innen in den Jobcentern für ihre Aufgaben mehr Zeit bekommen**. Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, soll das **Arbeitslosengeld künftig für 12 Monate bewilligt werden**, und nicht nur für 6 Monate. Damit reduziert sich im Ergebnis die Zahl der Prüfungsvorgänge und der Bewilligungsbescheide in all den Fällen, wo sich nichts bei den persönlichen Verhältnissen des Arbeitsuchenden verändert hat. **Wer Arbeitslosengeld I bekommt und zusätzlich auf Grundversicherungsleistungen angewiesen ist, der soll künftig von den Arbeitsagenturen** und nicht mehr von den Jobcentern betreut werden. Das entlastet die Jobcenter und stellt sicher, dass Personen, die durch ihre Beiträge Ansprüche in der Arbeitslosenversicherung erworben haben, auch alle Leistungen von dieser bekommen.

SPD fordert gerechte Entlohnung von Frauen und Männern

Noch immer verdienen Männer im Schnitt **22 Prozent mehr als Frauen**. Frauen bekommen selbst bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit oft noch immer weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Das schlägt sich auch negativ auf die **Einkommenssituation von Frauen bei Eintritt in das Rentenalter** nieder. Frauen haben deshalb ein deutlich höheres Risiko, von **Altersarmut** betroffen zu sein. Ich finde, diese Un-

gleichheit gehört schnellstens abgeschafft! **Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit muss daher auch bei der Bezahlung von Frauen und Männern gelten**. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die SPD im Koalitionsvertrag gesetzliche Maßnahmen verankert, um die **Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern** zu fördern. Diese sollen nun in dem von unserer **Ministerin Manuela Schwesig** erarbeiteten Gesetzentwurf zur

Entgeltgleichheit umgesetzt werden. Insbesondere sollen transparente Entgeltstrukturen und nachvollziehbare Bewertungsverfahren in Unternehmen etabliert werden. Leider blockiert die CDU/CSU nach wie vor einen Fortschritt in dieser Sache. Im Kanzleramt gab es bisher keine Einigung darüber, wie viele Frauen künftig erfahren können, ob sie weniger verdienen als Männer in vergleichbaren Positionen.

Mehr Schutz für Prostituierte

Wir haben am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf beraten, der das **sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten stärken**, die **Arbeitsbedingungen der in der legalen Prostitution Tätigen verbessern** und **Kriminalität aus dem Bereich der Prostitution verdrängen soll**. Es soll in Deutschland klare Regeln für die Prostitution geben, um die dort tätigen Frauen und Männer **besser zu schützen**.

Kernelement des Gesetzentwurfs ist die Einführung einer **Erlaubnispflicht für die Betreiber von Prostitutionsstätten**. Darunter fallen nicht nur Bordelle, sondern auch alle anderen Erscheinungsformen gewerblicher Prostitution. Künftig muss jeder Betreiber ein **Betriebskonzept** vorlegen und sich einer **Zuverlässigkeits-**

prüfung unterziehen. Erstmals sollen Verpflichtungen zur Gewährleistung **verträglicher Arbeitsbedingungen** geschaffen werden. Damit soll künftig verhindert werden, dass vorbestrafte Menschenhändler Bordelle betreiben. Außerdem können **menschenunwürdige oder ausbeuterische Betriebskonzepte**, wie Flattrate-Modelle, besser unterbunden werden. Bei **Verstößen** sieht der Gesetzentwurf Sanktionen bis zum Verlust der Erlaubnis und empfindliche Bußgelder vor. Für die Prostituierten sind eine **persönliche Anmeldepflicht** und eine **regelmäßige gesundheitliche Beratung** vorgesehen. Die Anmeldung gilt für zwei Jahre. Die gesundheitliche Beratung ist nach einem Jahr zu wiederholen. Für Prostituierte zwischen 18 und 21

Jahren muss die Anmeldung schon nach einem Jahr verlängert werden.

Persönlich wünsche ich mir zu dieser Thematik **eine vertieftere gesellschaftliche Debatte**. Um die Nachfrage nach Prostitution einzudämmen und nicht die Prostituierten zu bestrafen, halte ich schon lange die **Freierbestrafung** für eine wirksame Vorgehensweise und setze mich für ein **Sexkaufverbot** als Maßnahme ein, die den Markt unterminiert, die Profiteure aufdeckt und der Nachfrage, Sex zu kaufen, entgegenwirkt. **Es ist zu befürchten, dass mit den jetzt beschlossenen Regelungen die geschlechtshierarchische diskriminierende Lebenswirklichkeit in der Prostitution unangetastet bleibt**.

Menschenhandel auch nach und in Deutschland stoppen

Unserer Fraktion ist es durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen gelungen, den Gesetzentwurf **zum Schutz von Kindern und Frauen entscheidend zu ergänzen** und zu präzisieren:

Künftig macht **sich strafbar**, wer ein **Opfer unter Ausnutzung seiner Zwangslage** nach Deutschland bringt, wenn er weiß, dass das Opfer zur **Zwangsprostitution**, zur Begehung von **Straftaten** oder zur **Organ-**

entnahme gezwungen werden wird. Bisher war der Strafrichter zum Tatnachweis des Menschenhandels allzu oft auf eine **Aussage des Opfers angewiesen**, die diese häufig aus Furcht verweigerten.

Mit der **präzisen Neufassung des Tatbestandes Menschenhandel** können die Ermittlungsbehörden nun effektiv gegen die menschenverachtenden Praktiken der Menschen-

händler vorgehen und Frauen und Männer besser vor Menschenhändlern schützen.

Außerdem sieht der Gesetzentwurf vor, die **Strafgesetze zur Bekämpfung von Zwangsarbeit** zu verschärfen:

Wir dulden nicht, dass Menschen in Deutschland in **sklavenähnlichen Zuständen** ausgebeutet werden.

Amtlich einfach

„Zeit für das Wesentliche“ – das ist das zentrale Ziel von Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung auf Bundesebene.

Unter www.amtlich-einfach.de können Ergebnisse von 9000 Interviews eingesehen werden.

Objektive Erfolge bei Bürokratieabbau und besserer Rechtsetzung wie **sinkende Bürokratiekosten in Höhe von rund einer Milliarde Euro pro Jahr** waren der Bundesregierung bei einer bundesweiten Befragung wichtig. Aber auch die subjektive

Wahrnehmung von Bürger*innen bei behördlichen Dienstleistungen in verschiedenen Lebenslagen wie Hochzeit oder Eintritt in den Ruhestand. Besonders zufrieden waren die Befragten in erster Linie mit der **Unbestechlichkeit und Diskriminierungsfreiheit der Behörden**. Unmut rief besonders die **Unverständlichkeit von Formularen**, Anträgen und von der Rechtslage allgemein hervor.

Ein übersichtliches Schaubild ist unter <http://bit.ly/1s98G9R> zu finden.



Zur Geburt ihrer Tochter Julia übergab ich mit meinen Kolleg*innen aus der AG Familie Kindersöckchen in den Ministeriumsfarben an Manuela Schwesig.

Mehr Zeit für die Steuererklärung

Wer die Steuererklärung selbst ausfüllt, hat zukünftig **Zeit bis Ende Juli**. Erstmals soll die um **zwei Monate verlängerte Frist** im kommenden Jahr gelten.

Mehr Zeit erhalten auch Steuerzahler*innen, die sich von **einer Berater*in oder einem Hilfeverein** bei der Erklärung helfen lassen. Hatten sie bislang eine Abgabefrist von

zwölf Monaten, sollen es künftig 14 Monate sein.

Die Verlängerung der Abgabefrist auf Ende Juli war im ursprünglichen Gesetzesentwurf von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nicht vorgesehen. **Sie ist erst auf Druck der SPD aufgenommen worden.**

Insgesamt macht der Gesetzesentwurf das **Steuerverfahren digitaler**. Immer

mehr Erklärungen sollen vom Computer bearbeitet werden. Das hat auch Auswirkungen auf den Steuerzahler. Elektronisch erstellte Steuererklärungen sollen vorab ausgefüllt werden. Der Steuerzahler muss künftig so gut wie keine Belege mehr an das Finanzamt schicken **Wer seine Steuererklärung weiter handschriftlich ausfüllen möchte, kann das aber weiter tun, ohne Sanktionen fürchten zu müssen.**

Weg frei für offenes WLAN

Bislang mussten die **privaten Betreiber von offenen WLAN-Netzen bzw. Hotspots** für die Rechtsverletzungen ihrer Nutzer – etwa bei illegalen Downloads – **haften**.

Wir stellen mit einer Änderung des Telemediengesetzes (TMG) rechtlich klar, dass Anbieter von offenem WLAN wie Restaurant-Besitzer, Vereine, Landkreise und Kommunen,

die **gleichen Haftungsprivilegien** wie Internetzugangsanbieter genießen.

Sie haften damit zukünftig nicht für Rechtsverletzungen ihrer Nutzer. Das gilt für die straf-, verwaltungs- und zivilrechtliche Haftung sowie für die unmittelbare und mittelbare Haftung für Handlungen Dritter.

Die **Gefahr von Schadenersatzansprüchen oder Zahlung von Abmahnkosten** im Zusammenhang mit der von einem Dritten begangenen Rechtsverletzung gehört der Vergangenheit an.

Der Weg für offene WLAN-Netze ist nun endlich auch in Deutschland frei.



**„Europatag“ mit der Oberstufe
am Technischen Gymnasium
in Bad Mergentheim**



Übungstag des THW im Neckar-Odenwald-Kreis



Ballübergabe beim Arbeitskreis Asyl Obrigheim



Burgkurzweyl zu Culllesheim



**Ausstellungseröffnung mit Bildern von
ukrainischen Kindern des Vereins „Kinderhilfe
Ukraine – Rhein-Neckar für Novograd-Volynskij“**



**Eröffnung der Heimattage Baden-Württemberg
in Bad Mergentheim**



„Deutscher Mühlentag“
Riesmühle in Mudau-Ünglert



Besuch des Kindergartens Prospeistrasse
in Bad Mergentheim



Besuch des Projekts für Langzeitarbeitslose und
suchtkranke Menschen „café initial e.V.“ in
Karlsruhe – sehr empfehlenswerte Küche!



Projekt „Asyllotse“ an der
Zentralgewerbeschule Buchen (ZGB)



Maifeier im SPD-Ortsverein Binau

© Kenneth Weidlich



Besuch der Realschule Boxberg in Berlin



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein Team und ich gern zur Verfügung:

Dr. Dorothee Schlegel, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845

**Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23

**Wahlkreisbüro
Main-Tauber**

Marienstr.1
97922 Lauda-Königshofen
Tel: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48

dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de

Ralph Hornung
Nicole Nobel
Hilda Löser-Schäfer
Naile Sulejmani-Hoppe

dorothee.schlegel@bundestag.de

Johannes Gamer
Silke Pachal

dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de

Renate Gaul



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de
www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd